

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BSU
000111

Streng geheim!

Nur zur persönlichen Information!

Um Rückgabe wird gebeten!

Berlin, den 15.02.89 19...

Nr. 225/89

Expl. 41

Bl. 11

Einschätzung

zu einigen aktuellen Aspekten der Politik der Bush-Administration gegenüber der UdSSR

1. Hon
2. Sto
3. Ax
4. Böh
5. Doh
6. Eb
7. Hag
8. Herr
9. Jaro
10. Kep
11. Kreib
12. Kre
13. Kroll
14. Lo
15. MiH
16. Müch
17. Neu
18. Schab

KOPIE
19. Ji
20. Ti
21. 1.7
22. 1.6
23. Mi M
24. Schri
25. Wal
26. Fij

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Die Bush-Administration sieht sich von seiten amerikanischer Führungskreise mit hohen Erwartungen konfrontiert, daß sie eine konzeptionell angelegte Außenpolitik betreibt, die über ein pragmatisches Reagieren auf Aktivitäten anderer weltpolitischer Akteure bzw. auf Veränderungen in den internationalen Bedingungen hinausgeht. Außenpolitische Experten erhoffen sich von Präsident Bush einerseits ein Fortschreiben der Grundlinien der Politik Reagans während dessen zweiter Amtszeit und andererseits ein Anpassen des USA-Kurses an die sich abzeichnenden Herausforderungen in den 90er Jahren. Gegenüber der UdSSR wird eine Politik gefordert, die aus einer Mischung von Elementen der Konfrontation und der Kooperation bei Betonung des Willens zum Interessenausgleich besteht und es gestattet, den sowjetischen Einfluß in der Welt weiter zurückzudrängen. In Ausarbeitungen wissenschaftlicher Einrichtungen und interdisziplinärer Arbeitsgruppen wird trotz großer Unterschiede im inhaltlichen Herangehen die Ansicht vertreten, die Politik von Bush müßte strikt auf der Basis amerikanischer Interessen formuliert werden, jedoch für die Verbündeten akzeptabel bleiben. Außerdem sollte sie im Kongreß in einem Zweiparteienkonsens zwischen gemäßigt-konservativen Republikanern und konservativen Demokraten ermöglichen.

Obwohl einige der führenden Politiker der Bush-Administration an der Erarbeitung von umfangreichen Studien mit Empfehlungen für die künftige Politik beteiligt waren, gestaltet sich der Willensbildungsprozeß in der neuen Administration langwierig. Ursache dafür sind weniger prinzipielle Meinungsverschiedenheiten zwischen maßgeblichen Politikern, sondern die sehr sorgfältige Prüfung der Details und möglicher Konsequenzen. Darüber hinaus wirken die unerwarteten personellen Schwierigkeiten bei der Besetzung von Führungspositionen hemmend. Ungeachtet dieser Probleme und erster Kritik an Unentschlossenheit des Präsidenten sind amerikanische und westeuropäische Politiker mehrheitlich der Ansicht, Bush vermittele durch seinen Arbeitsstil den Eindruck von Solidität und Kompetenz. In internen Gesprächen würden sich die maßgeblichen Politiker der Administration als selbstbewußte und konsequente Verfechter amerikanischer und gesamtwestlicher Interessen präsentieren, die durch politische Kampagnen und öffentliche Diplomatie wenig beeinflussbar seien.

Einige amerikanische Politiker sehen sich durch den zähflüssigen Willensbildungsprozeß in der Bush-Administration zu Zweifeln veranlaßt, ob im Mai das umfassende politische Konzept vorliegen wird, das als Grundlage für das Verabschieden des sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts der NATO und die Weiter-

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

führung des Dialoges mit der UdSSR dienen soll. Erklärungen von Außenminister Baker, denzufolge die Administration vor seinem Besuch in Moskau am 10. und 11. Mai 1989 die Positionen der USA für die Wiederaufnahme der START-Gespräche noch nicht ausformulieren konnte, betrachten vor allem demokratische Kongreßmitglieder als Bestätigung für die Berechtigung solcher Zweifel. In diesem Zusammenhang wird auch darauf verwiesen, daß die Vorstellungen der Administration für das nächste amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen sehr vage seien. Bisher erwäge Bush lediglich, bei einem eventuellen Zusammentreffen mit M. Gorbatschow in einem Drittland im zweiten Halbjahr 1989 einen Prinzipien-Katalog der Beziehungen USA/UdSSR zu besprechen.

Mitarbeiter des State Department sehen in der Zurückhaltung der Bush-Administration mit definitiven Äußerungen zum Inhalt ihrer Politik nicht nur eine durch innenpolitische Rücksichten und die Komplexität der anstehenden Entscheidungen bedingte Vorsicht, sondern auch ein bewußtes taktisches Kalkül in der Auseinandersetzung mit der UdSSR. Für Bush sei zwar das internationale Beziehungsgefüge ein vielschichtiges System von Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen Akteuren, in dem nicht jede Beeinträchtigung der Interessen der USA auf das Wirken der UdSSR zurückgeführt werden dürfe. Trotzdem bleibe die UdSSR der Hauptgegner und jede Entscheidung müßte hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das internationale Kräfteverhältnis geprüft werden.

Die vorliegenden Informationen belegen, daß unter Bush das herausragende Ziel der amerikanischen Außenpolitik bleibt, die UdSSR durch qualitative Stärkung des eigenen militärischen Kräftepotentials, vor allem aber durch wirtschaftliche und politische Druckausübung bei gleichzeitig selektiver Kooperation in die Rolle einer eurasischen Großmacht zu drängen, der in Gestalt Westeuropas und Chinas bedeutende andere Machtzentren gegenüberstehen und deren globaler Einfluß eingeschränkt ist. Die von Außenminister Baker empfohlene "Politik der kleinen Schritte" zur Förderung eines langsamen aber stetigen Wandels der weltpolitischen Position und der inneren politischen Struktur der UdSSR und ihres internationalen Auftretens wird als Umsetzung dieser strategischen Zielsetzung angesichts der gegenwärtigen Schwierigkeiten in der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern sowie im Warschauer Vertrag bzw. RGW verstanden. Kongreßmitarbeiter ordnen in diese Zielsetzung ein, daß Verteidigungsminister Cheney in Abstimmung mit Sicherheitsberater

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Scowcroft und Außenminister Baker intern darauf orientiere, die Modernisierung der amerikanischen Kernwaffen, eine Straffung und Effektivierung des SDI-Programms sowie die konventionellen Umrüstungsmaßnahmen in den Teilstreitkräften unter dem Aspekt der allseitigen Druckausübung auf die UdSSR durchzuführen. Trotz der erforderlichen realen Kürzungen der USA-Militärausgaben in den nächsten Jahren müßte mit den Modernisierungsmaßnahmen ein Mindestmaß an Zwang zu Rüstung zwecks Erhalt des derzeitigen Kräfteverhältnisses auf die sowjetische Führung ausgeübt werden.

Pentagonmitarbeiter argumentieren, die sowjetische Führung könnte aus innenpolitischen und wirtschaftlichen Gründen in den frühen 90er Jahren auf die militärtechnischen Modernisierungen des Westens nur begrenzt mit Gegenmaßnahmen reagieren. Ein militärtechnisches Nachziehen komme wegen des dann erforderlichen überproportionalen Einsatzes von Ressourcen für militärische Zwecke weder für die UdSSR noch für ihre Verbündeten im Warschauer Vertrag in Frage. Zur Wahrung der ungefähren strategischen Parität könnte die sowjetische Führung lediglich versuchen, durch das Beibehalten eigener Überlegenheiten bei den Interkontinentalraketen, im nuklearen Kurzstreckenbereich und bei einigen konventionellen Systemen der Landstreitkräfte die vom Westen mit Hilfe seiner technischen Überlegenheit erreichbaren Vorteile auszugleichen. Das ginge aber nur zeitlich begrenzt. Außerdem stehe sie vor der Notwendigkeit, den Zuwachs an militärischer Kampfkraft in China, Japan und anderen Nachbarstaaten der UdSSR zu neutralisieren.

Die sowjetische Führung trägt nach Ansicht amerikanischer Experten diesen veränderten Bedingungen mit ihrem Konzept der Hinlänglichkeit militärischer Anstrengungen für die Verteidigung des territorialen status quo und der eigenen Interessen der UdSSR Rechnung. Abrüstungspolitisch strebe sie danach, durch Entfachen des politischen Widerstandes in den westlichen Staaten gegen die Modernisierungsvorhaben und durch Rüstungskontrollvereinbarungen die Rüstungsprogramme der USA und der anderen NATO-Staaten so zu beschneiden, daß die quantitativen Vorteile der UdSSR und des Warschauer Vertrages bis in die zweite Hälfte der 90er Jahre ausreichen, den qualitativen Zuwachs auf westlicher Seite und die darauf aufbauenden militärischen Optionen zu kompensieren. Sie setze dazu auch den Abbau bisheriger Überrüstung in Gestalt einseitiger Maßnahmen gezielt zur Druckausübung auf die USA bzw. die NATO ein.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Nach Einschätzung der Vereinigten Stabschefs der USA sind die einseitigen Reduzierungen der Streitkräfte der UdSSR und anderer sozialistischer Staaten militärisch bedeutsam, weil sie die Fähigkeit des Warschauer Vertrages zur raumgreifenden Offensive vermindern und nach Realisierung eine Verlängerung der Vorwarnzeit der NATO ermöglichen werden. Sie würden allerdings das bestehende Ungleichgewicht zuungunsten der NATO nicht beseitigen. Außerdem sei die Produktionskapazität konventioneller Waffen in der UdSSR nach wie vor so groß, daß die ausgemusterten in kurzer Zeit durch modernere zu ersetzen seien. Die politische Bedeutung der einseitigen Reduzierungen bestehe in der Wirkung auf die westliche Öffentlichkeit, wie das Nachlassen des Bedrohungsbewußtseins in Westeuropa und den USA zeige. Sicherheitspolitische Experten der Rüstungskontrollbehörde ACDA sehen jedoch keinen Grund, die politische Wirkung der einseitigen sowjetischen Initiativen zu dramatisieren. Sie argumentieren, die UdSSR könnte im eigenen Sicherheitsinteresse nur Vorschläge unterbreiten bzw. einseitige Maßnahmen durchführen, die das Prinzip der Hinlänglichkeit der verbleibenden militärischen Mittel nicht verletze. Damit sei deren Umfang berechenbar. Da die Öffentlichkeit den Details nicht folgen könnte und vor allem auf neue spektakuläre Ergebnisse warte, die kaum möglich seien, wäre die Breitenwirkung abrüstungspolitischer Aktivitäten der UdSSR im Abklingen.

Aus amerikanischer Sicht gibt es in den westlichen Ländern, selbst unter Beachtung des erheblichen Einflusses der SPD in der BRD bzw. der Kernwaffengegner in den kleineren NATO-Staaten und der "liberalen" Demokraten in der USA, derzeit kein innenpolitisches Potential, das ausreichen würde, die militärischen Modernisierungsprogramme grundsätzlich zu blockieren. Die Forderung nach Beibehaltung der nuklearen Abschreckung zum Ausgleich für die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Vertrages und seine weiterbestehende Offensivfähigkeit bleibe wirksam. Absehbar sei jedoch in Westeuropa und den USA ein Ansteigen der Forderungen nach Verhandlungen mit der UdSSR über die nuklearen Kurzstreckensysteme und nach einer konstruktiven Verhandlungsführung bei den Wiener Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in Europa, wobei im USA-Kongreß auch Überlegungen zur Schaffung militärisch verdünnter Zonen an der Trennlinie der Militärblöcke erneut Aufmerksamkeit gewinnen könnten.

Aus dieser politischen Konstellation in Abrüstungsfragen wird im State Department abgeleitet, für die USA bzw. die NATO existiere eine Chance, durch Festigkeit in der Verfolgung westlicher Rüstungskontrollziele in Verhandlungen

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

und eine "konstruktive Verweigerungshaltung" gegenüber allen einseitigen sowjetischen Initiativen sowie gleichzeitige qualitative Rüstung des Westens die UdSSR an die Grenze ihrer abrüstungspolitischen Kompromißbereitschaft zu bringen. Das werde ermöglichen, die politische Initiative in diesem Bereich der Ost-West-Beziehungen zurückzugewinnen. Äußerungen von Verteidigungsminister Cheney gegenüber Kongreßmitgliedern, denzufolge die USA sich nicht aus eigenem Antrieb aus dem Abrüstungsdialog mit der UdSSR zurückziehen werden, vor dem Abschluß neuer bilateraler Vereinbarungen über nukleare Rüstungskontrolle jedoch die Resultate des INF-Abkommens bilanzieren möchten, werten ACDA-Mitglieder als Ergebnis solcher Überlegungen.

Angaben über Gespräche zwischen maßgeblichen Repräsentanten der Administration und führenden Kongreßpolitikern belegen, daß sich die Bush-Administration in Rüstungskontrollfragen dem Standpunkt maßigt-konservativer Kongreßmitglieder nähert, die in nächster Zeit den Schwerpunkt des Abrüstungsdialoges auf multilaterale Verhandlungsgremien legen möchten, während in allen bilateralen abrüstungspolitischen Gesprächen mit der UdSSR Zurückhaltung geübt werden soll. Bush messe lediglich Gesprächen mit der UdSSR über Maßnahmen zur Verhinderung der Weiterverbreitung von chemischen Waffen und ballistischen Raketen sowie zur Festigung des Regimes der nuklearen Nichtweiterverbreitung besondere aktuelle Bedeutung bei. Forderungen rechtskonservativer Politiker nach einer deutlichen Pause im Abrüstungsprozeß werde er zwar nicht entsprechen. Er komme ihnen aber insofern entgegen, daß er substantielle Ergebnisse der Verhandlungen mit der UdSSR über die strategischen Offensivwaffen erst anstreben wolle, wenn die Prioritäten der strategischen Rüstung der USA für die 90er Jahre im Kongreß bestätigt sind und die Einführung mobiler amerikanischer Kernwaffen begonnen hat. Er werde darin durch Überlegungen führender Senatoren bestärkt, die einen weiteren Rüstungskontrollvertrag mit der UdSSR im Senat frühestens 1991/92 für ratifizierbar halten. Bilaterale Verhandlungen über nukleare Kurzstreckenraketen mit der UdSSR lehnt Bush ab, solange keine Ergebnisse der Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in Europa vorliegen. Gestützt auf den starken Widerstand Großbritanniens gegen solche Verhandlungen und einige Vorbehalte Frankreichs hoffen die USA die diesbezüglichen Forderungen der BRD zumindest für einige Zeit neutralisieren zu können.

In Umsetzung dieser Linie tendieren der neue Chefdelegierte für die Genfer Verhandlungen Burt und andere maßgebliche sicherheitspolitische Experten der Administration zu einer Modifizierung der Verhandlungspositionen in den

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

START-Gesprächen. Nach ersten Überlegungen in der ACDA und im Pentagon soll vorgeschlagen werden, die Genfer Verhandlungen zwischen Juni und September wiederaufzunehmen. Inhaltlich wird erwogen, einige bisherige Verhandlungspositionen der USA so zu verändern, daß die auf USA-Seite vorgesehene Stationierung schienenmobiler MX-Raketen mit Mehrfachsprengkopf (vergleichbar den schweren Raketen der UdSSR vom Typ SS 18 bzw. SS 24) und straßenmobiler Midgetman mit einem Sprengkopf (vergleichbar den mobilen Raketen der UdSSR vom Typ SS 25) durch ein START-Abkommen nicht behindert würde. Wie dabei die schon teilweise mit der sowjetischen Seite vereinbarten Begrenzungen für einzelne Kategorien der strategischen Offensivwaffen verändert werden sollen, ist noch nicht ausdiskutiert. Parallel dazu setzen sich führende Politiker des Pentagon für ein erneutes gründliches Überdenken der Problematik strategische Verteidigung und Nützlichkeit des ABM-Vertrages ein. Verteidigungsminister Cheney favorisiere im Rahmen des SDI-Programmes für die frühen 90er Jahre die Installierung eines weltraumgestützten Frühwarnsystems, das zur Kontrolle von Raketenstarts und zur Unterscheidung zwischen Raketen für friedliche bzw. feindliche Zwecke bestimmt ist und später durch kleine, weltraumgestützte Abfangraketen ergänzungsfähig sein soll. Bei den Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in Europa werden weiterhin der weitestmögliche Abbau der Ungleichgewichte bei den Landstreitkräften ohne substantielle westliche Reduzierungen, die maximale Transparenz der Streitkräftestruktur und militärischen Aktivitäten des Warschauer Vertrages sowie eine spürbare Reduzierung der sowjetischen Präsenz außerhalb der Grenzen der UdSSR als erstrebenswerte Ziele angesehen.

Mit Blick auf den NATO-Gipfel Ende Mai 1989 zeigen sich amerikanische Vertreter bei der NATO überzeugt, daß es gelingen werde, ein gemeinsames sicherheitspolitisches Dokument zu verabschieden, welches trotz seines Kompromißcharakters den Interessen der USA Rechnung trägt. Die Meinungsverschiedenheiten mit der BRD u. a. westeuropäischen NATO-Staaten über den Zeitpunkt der Beschlussfassung für die Stationierung modernisierter nuklearer Kurzstreckenraketen gelten als überwindbar, da sich auch in maßgeblichen Kongreßkreisen die Einsicht festige, daß es unklug wäre, von der Kohl-Regierung jetzt eine definitive Zustimmung zur Stationierung zu verlangen. In Aktualisierung des Harmel-Konzepts genüge es, im NATO-Dokument festzuschreiben, daß die Abschreckung durch eine angemessene Mischung von wirksamen konventionellen Waffen und eine ausreichende Zahl unterschiedlicher nuklearer Mittel gewährleistet werden soll, die nach den Erfordernissen der Lage zu modernisieren sind. Gemäß dem Vorschlag der Niederlande könnte die Absicht der Modernisierung mit der Be-

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

reitschaft zur Verminderung der Anzahl der nuklearen Gefechtsköpfe in Europa verbunden werden. Nach dem NATO-Gipfel sei allerdings nach Ansicht von Kongreßmitarbeitern damit zu rechnen, daß während der Haushaltsdebatte im Kongreß der Druck in Richtung einer verbindlichen Terminfestlegung für die Stationierung der Kurzstreckenraketen wieder zunehmen wird. Auch Befürchtungen über ein Ausbrechen der BRD aus Bündnisbeschlüssen könnten sich mit wachsenden Erfolgchancen der SPD bei der Bundestagswahl 1990 erneut verstärken. Pentagon-Mitarbeiter gehen jedoch davon aus, daß die Bush-Administration in diesem Zusammenhang wahrscheinlich gehäuft auftretenden Forderungen nach einer Überprüfung des NATO-Engagements der USA nicht nachgeben wird. Die USA würden ihre aus Bündnisbeschlüssen erwachsenden NATO-Verpflichtungen, einschließlich der Produktion und Einführung neuer nuklearer Kurzstreckenraketen bei den Streitkräften der USA in Europa, korrekt und kontinuierlich erfüllen.

In maßgeblichen politischen Kreisen der USA ist die Ansicht weit verbreitet, angesichts der sich abzeichnenden Beendigung des "kalten Krieges" sei es an der Zeit, den amerikanisch-sowjetischen Dialog zu erweitern. Bei künftigen Treffen auf hoher oder höchster Ebene zwischen den USA und der UdSSR sollte noch intensiver als bisher nach Möglichkeiten gesucht werden, wie die politische Lösung regionaler Konflikte bei Stärkung amerikanischer Positionen vorangetrieben bzw. wie durch eine Summe kleiner Schritte in den bilateralen Beziehungen die Kooperation erweitert und der deutliche Wandel in der UdSSR sowie in ihrem Einflußbereich weiter stimuliert werden könnten. Gleichzeitig komme es darauf an, der sowjetischen Führung mit mehr Vorsicht und dem erforderlichen langen Atem gegenüberzutreten, um keine Entwicklungen zu fördern, die sich längerfristig als für die USA ungünstig erweisen könnten.

Präsident Bush und Außenminister Baker haben in den ersten Monaten ihrer Amtszeit außenpolitisch vor allem Einzelaktivitäten in Richtung des asiatisch-pazifischen Raumes, Mittelamerikas und des Nahen Ostens entwickelt. Kongreßmitarbeiter sehen darin in erster Linie Bemühungen, pragmatische Lösungsansätze bei den regionalen Problemen zu finden, wo die Reagan-Administration keine Fortschritte erreichen konnte. Gleichzeitig wolle die Bush-Administration dadurch aber vor künftigen Gesprächen mit der UdSSR erkunden, wo sich die USA durch eine noch stärkere Vermittlerrolle oder Korrekturen ihrer Politik in der Dritten Welt Positionsvorteile sichern könnten bzw. wo sie der UdSSR gemeinsame oder parallele Anstrengungen vorschlagen müßten. Nach dem sowjetischen Rückzug aus Afghanistan und den Fortschritten bei der politi-

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

schen Lösung der Konflikte im südlichen Afrika und in Indochina habe sich das Ansehen der UdSSR in der UNO und in vielen Staaten der Dritten Welt verbessert. Sie werde zunehmend als potentieller Gesprächspartner für die Suche nach nicht-militärischen Lösungen anderer regionaler Krisen akzeptiert. Bush reagiere darauf mit einem Bekenntnis zu Verständigung vor Konfrontation in seiner Dritten-Welt-Politik, und Baker halte in Übereinstimmung damit das Erringen von realen Teilerfolgen in regionalen Konflikten für besser als das Bestehen auf schwer erreichbaren Endlösungen.

Ungeachtet dessen bleibt es nach Ansicht demokratischer Kongreßpolitiker ein Axiom der Bush-Politik, die pro-amerikanischen "demokratischen Kräfte" überall in der Welt zu fördern und oppositionellen Kräften u. a. in Afghanistan, Nikaragua und Angola zu politischer Legitimität und Machtbeteiligung zu verhelfen. Angewandt auf Afghanistan bedeute das für Baker, die bewaffnete Opposition in Afghanistan militärisch zu unterstützen und pakistanische Aktivitäten gegen die Regierung Najibullah zu fördern. Er sehe das primär als Mittel der politischen Druckausübung auf die UdSSR, obwohl es letztlich nicht im Interesse der USA sein könnte, wenn eine fundamentalistisch-moslemische Staatengruppe Iran - Afghanistan - Pakistan entstünde. Die Ernennung eines offiziellen Vertreters der USA bei den afghanischen Widerstandsorganisationen sei nach den Absichten des State Department eine politisch demonstrative Bekräftigung für den amerikanischen Wunsch nach einem Wechsel des Regimes in Afghanistan und ziele auf internationale Legitimierung der Widerstandskräfte. Sie solle aber auch dem frühzeitigen Schaffen von Voraussetzungen für die politische Kontrolle über ein evtl. neues Regime in Afghanistan dienen.

In Mittelamerika sieht sich die Bush-Administration nach Ansicht außenpolitischer Experten zu einer deutlichen Akzentverlagerung in ihrer Politik veranlaßt, wobei innenpolitische Motive als Folge der Iran-Contra-Affäre und die Erkenntnis eine Rolle spielten, daß ein militärischer Sieg über die Sandinisten in Nikaragua in absehbarer Zeit nicht erreichbar sei. Diplomatie statt Militärhilfe ermögliche dagegen eine Entlastung im Kongreß und eine Verständigung mit regional einflußreichen Politikern, wie dem kostarikanischen Präsidenten Arias. Bush wird empfohlen, den von den mittelamerikanischen Staaten geplanten Kontrollmechanismus zur Überwachung des "Demokratisierungsprozesses" in Nikaragua für die Zwecke der USA zu nutzen und bei Nichteinhaltung der Verpflichtungen durch die Sandinisten Sanktionen bis zur Wiederaufnahme der Militärhilfe für die Contras anzudrohen. Durch eine allgemein größere Betonung

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

des Willens zur Förderung der Demokratie in ganz Lateinamerika bei gleichzeitigem glaubhaftem Bemühen um die Linderung der Schuldenproblematik sei im regionalen Maßstab ein Abfangen der negativen sozialen Entwicklungen möglich, die zur Vertiefung von Krisenerscheinungen in einzelnen Staaten führen könnten.

Im Nahen Osten sind die USA nach übereinstimmender Meinung amerikanischer und arabischer Politiker mit der Notwendigkeit konfrontiert, ihre Vermittlerrolle aktiver auszuüben und nachdrücklicher direkte Verhandlungen zwischen Israel und der PLO bzw. anderen arabischen Staaten zu fordern. Wenn Israel, wie zu erwarten sei, einer politischen Lösung der Probleme und dem Dialog mit der PLO weiterhin starken Widerstand entgegensetzt, könnten die USA sogar gezwungen sein, eine größere regionale Rolle der UdSSR hinzunehmen und über eine internationale Nahostkonferenz intensiver nachzudenken. Dabei sei allerdings keineswegs gewiß, ob durch eine aktive Vermittlerrolle der USA und eine partielle Erhöhung des regionalen Einflusses der UdSSR eine Minderung der regionalen Spannungen erreicht werden kann. Viele Anzeichen sprächen für eine eventuell gegenteilige Entwicklung, weil die Aktivitäten der fundamentalistisch-moslemischen Kräfte in der Region weiterhin unberechenbar seien. Angesichts der Kompliziertheit der Lage agiere Bush sehr vorsichtig, obwohl er sich entschlossen habe, in die Suche nach Lösungen sein Prestige als Präsident einzubringen. Bisher zeichne sich noch keine zusammenhängende und mit den Verbündeten abgestimmte Linie des Vorgehens der USA im Nahen Osten ab.

Die Bestimmung der Position der USA zu den inneren Entwicklungen in der UdSSR und kleineren Staaten des Warschauer Vertrages bezeichnen amerikanische und westeuropäische Politiker als eine Schlüsselfrage in der außenpolitischen Strategiefindung der Bush-Administration. Umstritten sei vor allem, ob und wie durch wirtschaftliche Kooperation, den Ausbau politischer, wissenschaftlich-technischer, kultureller und humanitärer Kontakte sowie die Propagierung westlicher Werte und Demokratievorstellungen der Umfang und das Tempo von Reformprozessen in der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern gesteuert bzw. kontrolliert werden kann. Zwischen Bush-Administration und Kongreß besteht nach den vorliegenden Informationen noch kein Konsens über das künftige Vorgehen.

Bei den führenden Politikern der Administration setzt sich jedoch immer stärker die Ansicht durch, die inneren Entwicklungen in der UdSSR und den kleineren

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Staaten des Warschauer Vertrages sollten mit sehr großer Aufmerksamkeit, aber auch mit der gebotenen Skepsis verfolgt werden. Der Westen dürfe weder seine Einwirkungsmöglichkeiten noch die Folgen von inneren Entwicklungen für die Veränderung des Kräfteverhältnisses überschätzen. Die in der UdSSR, der UVR und der VRP eingeleiteten Reformen begannen zwar eine solche Eigendynamik zu entwickeln, daß sie auch bei einem Scheitern der "Reformer" nicht mehr vollständig rückgängig gemacht werden könnten. Offen bleibe jedoch, ob sie zu den vom Westen erwünschten systemverändernden Ergebnissen führen werden und welche Auswirkungen eine evtl. innere Destabilisierung einzelner Staaten des Warschauer Vertrages für die Gesamtsituation in Europa hätte.

USA-Präsident Bush hat Überlegungen der Planungsabteilung des State Department und von Ex-Außenminister Kissinger über ein Abstimmen von Einflußsphären mit der UdSSR in Europa abgelehnt. Seiner Ansicht nach dürfe es mit der sowjetischen Führung keinerlei zweiseitige Absprachen über die politische und wirtschaftliche Einflußnahme der USA bzw. der UdSSR auf irgendeinen europäischen Staat geben. Die USA müßten sich vielmehr jede Möglichkeit des Reagierens auf europapolitische Aktivitäten der UdSSR bis zur gegebenenfalls direkten Unterstützung der inneren Opposition in osteuropäischen sozialistischen Staaten offenhalten. Im Vordergrund der amerikanischen Aktivitäten gegenüber den kleineren Staaten des Warschauer Vertrages sollte stehen, durch sehr differenziertes Eingehen auf nationale Interessen alle Tendenzen zu fördern, die das bilaterale Zusammenwirken mit der UdSSR beeinträchtigen bzw. die Kooperation im Warschauer Vertrag und im EWG schwächen. Der Wille und die Fähigkeit der Führungen dieser Staaten zu politisch systemverändernden Reformen und zur Herstellung echter Nichtangriffsfähigkeit müßten ebenso getestet werden, wie die Bereitschaft der sowjetischen Führung, eigenständige Entwicklungen in den einzelnen Staaten zu dulden.

Mitarbeiter des State Department empfehlen in den Beziehungen mit der UdSSR und den kleineren sozialistischen Staaten in Europa ein noch stärker selektives Vorgehen als bisher. Alle amerikanischen Aktivitäten sollten auf der Basis einer sehr realistischen Lageeinschätzung in jedem Land so konzipiert werden, daß sie deren politischen Führungen für das Inaussichtstellen politischer Erleichterungen oder ökonomischer Vorteile in der Zusammenarbeit mit dem Westen immer aufs Neue kleine Kompromisse in Richtung Reformen bzw. Duldung der Opposition abverlangen.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

In der Zusammenarbeit mit der UdSSR sei zu beachten, daß "wirtschaftliche Hilfe für Gorbatschow" primär zu einer Verbesserung der Leistungsfähigkeit der sowjetischen Wirtschaft und zu einer Erneuerung des Ansehens der KPdSU im Volke, aber kaum zu prinzipiellen gesellschaftlichen Veränderungen führen würde. Selbst bei einer auf lange Sicht sehr weitgehenden Demokratisierung des Staates und einer teilweisen Sozialdemokratisierung der KPdSU bleibe die UdSSR eine Großmacht mit Interessen, die konträr zu denen der USA sind. Die ökonomische Kooperation privater Interessengruppen sollte daher im Rahmen der geltenden Beschränkungen durch COCOM und Kongreßbeschlüsse zum gegenseitigen Vorteil ausgebaut werden, staatliche wirtschaftliche Aktivitäten gegenüber der UdSSR müßten jedoch an politische Auflagen gebunden bleiben, soweit es sich nicht um Weizenlieferungen handelt.

In kleineren sozialistischen Staaten Osteuropas insbesondere in Ungarn und Polen, bestehen nach Ansicht des State Department dagegen reale Chancen, durch zielgerichtete wirtschaftliche Maßnahmen den eingeleiteten politischen Reformen einen systemverändernden Charakter zu geben. Bei der Einflußnahme auf diese Staaten sei aber stets zu bedenken, daß ein offenes Anheizen innerer Widersprüche von außen Gefahren für den Westen beinhalte. Eine zu rasche Schwächung der kommunistischen Parteien könnte eine innere Destabilisierung nach sich ziehen. Diese sei nur dann im politischen Interesse, wenn sie den außenpolitischen Spielraum der UdSSR einschränkt, aber für den Westen steuerbar bleibt. Würde die NATO dadurch jedes gezwungen, Aktivitäten zur "Abschirmung der inneren Opposition" durchzuführen, hätte das negative Folgen für die Situation in Europa und den Zusammenhalt des Westens. Außerdem sei zu beachten, daß in anderen sozialistischen Ländern offene Kontaktbemühungen westlicher Institutionen und Organisationen zur Opposition zu einer Verhärtung des Widerstandes von "Reformgegnern" führen könnte, wie das in der CSSR zu beobachten sei. Als besonderer Fall müßte die DDR behandelt werden, da jedes Honorieren eigenständiger Elemente in der Politik der DDR-Führung gegenüber der UdSSR als eine Billigung des "reformfeindlichen" Kurses der SED mißverstanden werden könnte. Außerdem seien die Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten bzw. der USA und der UdSSR zur BRD sorgfältig zu bedenken.

Die Einschätzung ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.